



öffentlich

Betreff:

Umweltbelange beim Straßenausbau stärken

Einreicher: Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Erstellungsdatum 09.01.2012

Eingang 902:

Beratungsfolge:		Empfehlung	Entscheidung
Datum der Sitzung	Gremium		
25.01.2012	Stadtverordnetenversammlung der Landeshauptstadt Potsdam		X

Beschlussvorschlag:

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, dafür Sorge zu tragen, dass die Umweltbehörden und die Umweltverbände im Falle ihrer Zuständigkeit bei Straßenausbauvorhaben rechtzeitig vor Abschluss der Planung und vor der Beteiligung der Anrainer gehört und ihre Belange prioritär berücksichtigt werden.

gez. Saskia Hüneke
Fraktionsvorsitzende

Unterschrift

Ergebnisse der Vorberatungen
auf der Rückseite

Entscheidungsergebnis

Gremium:

Sitzung am:

<input type="checkbox"/> einstimmig	<input type="checkbox"/> mit Stimmenmehrheit	Ja	Nein	Enthaltung
<input type="checkbox"/> erledigt		<input type="checkbox"/> abgelehnt		
<input type="checkbox"/> zurückgestellt		<input type="checkbox"/> zurückgezogen		

überwiesen in den Ausschuss:

Wiedervorlage:

Demografische Auswirkungen:

Klimatische Auswirkungen:

Finanzielle Auswirkungen?

Ja

Nein

(Ausführliche Darstellung der finanziellen Auswirkungen, wie z. B. Gesamtkosten, Eigenanteil, Leistungen Dritter (ohne öffentl. Förderung), beantragte/bewilligte öffentl. Förderung, Folgekosten, Veranschlagung usw.)

ggf. Folgeblätter beifügen

Begründung

Die Umweltverbände wurden zu den Baumfällungen beispielsweise in der Turnstraße erst gehört, nach dem alle Planungen abgeschlossen und die Anrainer beteiligt worden waren. Eine Berücksichtigung der Umweltbelange ist so nur noch eingeschränkt möglich.